



Gemeinsamer Appell an die Regierungsfractionen im Bundestag

08.09.2026

Kürzungen stoppen, Zukunft sichern: Für Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt

Hitze und Trockenheit zeigen auch in diesem Sommer: Entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise ist dringend nötig. Ihre Folgen belasten Gesundheit, soziale Sicherungssysteme, Wirtschaft und Wohlstand.

Gerade jetzt muss der Bundeshaushalt unser Land krisenfester, sozial gerechter und unabhängiger von fossilen Energien machen. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird diesem Anspruch nicht gerecht: Während die finanziellen Spielräume in einigen Bereichen massiv wachsen, geraten Investitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und eine zukunftsfähige Wirtschaft immer stärker unter Druck. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Stattdessen brauchen wir einen ausgewogenen Haushalt, der soziale Sicherheit, Klimaschutz und notwendige Zukunftsinvestitionen verlässlich finanziert und klimaschädliche Fehlanreize abbaut.

Die Energiekrise 2026 hat erneut gezeigt, wie teuer Deutschlands Abhängigkeit von fossilen Energien ist. Steigende Energiepreise haben Wirtschaft und private Haushalte massiv belastet. Die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Infrastruktur haben gewaltige wirtschaftliche Folgen nach sich gezogen. Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen beim Klimaschutz nicht zu rechtfertigen, zumal mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zusätzliche Mittel bereitstehen.

Die Konsolidierung des Haushalts darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Kürzungen bei Familien, Gesundheit, Pflege, Wohnen und sozialer Infrastruktur gefährden soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sozialreformen müssen Teilhabe und soziale Sicherheit stärken, statt kurzfristig den Haushalt zu entlasten. Zugleich braucht es Investitionen in klimaresiliente soziale Einrichtungen, um besonders gefährdete Menschen besser vor den Folgen zunehmender Hitzewellen zu schützen.

Wir fordern die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag daher zu einer klaren Kurskorrektur im Haushaltsverfahren auf. Verhindern Sie Kürzungen bei Zukunftsinvestitionen und sichern Sie ausreichend Mittel für sozial gerechten Klimaschutz, soziale Sicherheit sowie eine klimaneutrale und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Daher fordern wir:

- 1. Kürzungen beim Klimaschutz stoppen und Sondervermögen konsequent für zusätzlichen Klima- und Hitzeschutz nutzen:** Die Förderung von Wärmepumpen und energetischen Sanierungen sowie die konsequente Dekarbonisierung der Fernwärme sind zentrale Hebel, um den fossilen Energieverbrauch zu senken und Haushalte dauerhaft vor hohen Energiekosten zu schützen. Sie dürfen daher nicht gekürzt, sondern müssen aufgestockt, verstetigt und sozial gerecht weiterentwickelt werden. Die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Klima- und Transformationsfonds müssen gezielt in den Ausbau erneuerbarer Energien, eine leistungsfähige Bahninfrastruktur sowie einen starken kommunalen Klima- und Hitzeschutz fließen.
- 2. Einnahmen aus dem Emissionshandel vollständig für den Klimaschutz nutzen:** Die Einnahmen dürfen nicht zur Haushaltskonsolidierung zweckentfremdet werden, sondern müssen im Klima- und Transformationsfonds verbleiben. Sie müssen gezielt in Klimaschutzmaßnahmen fließen, insbesondere in die Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Verkehr sowie in den Aufbau einer klimaneutralen Industrie.
- 3. Kürzungen im Sozialbereich stoppen und die soziale Infrastruktur mit einer Sanierungsmilliarde zukunftsfest machen:** Kürzungen bei sozialen Leistungen und Investitionsprogrammen, etwa beim Wohngeld, belasten viele Menschen zusätzlich und müssen zurückgenommen werden. Zugleich braucht es im Bundeshaushalt eine jährliche Sanierungsmilliarde, um soziale Einrichtungen klimaresilient und energieeffizient zu modernisieren. So können besonders gefährdete Menschen besser vor den Folgen zunehmender Hitzewellen geschützt und soziale Träger sowie Kommunen dauerhaft von hohen Energiekosten entlastet werden.
- 4. Die internationale Klimafinanzierung verlässlich absichern:** Der Bundestag muss mindestens sechs Milliarden Euro jährlich bereitstellen und einen verlässlichen Anstieg auf zwölf Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 ermöglichen. Nur so bleibt Deutschland ein glaubwürdiger und verlässlicher internationaler Partner.

Kontakt:**Klima-Allianz Deutschland e.V.**

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram: [@klima_allianz](https://www.instagram.com/klima_allianz)

Für inhaltliche Rückfragen:

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit

daniel.eggstein@klima-allianz.de

Mobil: 0155/65693413

Für Presseanfragen:

Jakob Schreyer, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@klima-allianz.de

Tel.: 030/780 899 514

Mobil: 0172/298 4269